

Behandlung des TOP 3:

Bürgermeister Volker Jungmann verweist darauf, dass ein Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen auch in anderen Gemeinden ein Thema sei. Der BLHV ruft derzeit seine Mitglieder zum Verzicht auf. Leider könnten jedoch schwarze Schafe nicht ausgeschlossen werden. Der Gemeinderat könne durch einen entsprechenden Beschluss zumindest dafür sorgen, dass Gemeindeflächen von gentechnisch veränderten Pflanzen freigehalten werden. Eventuell sollte der entsprechende Beschluss mit einer zeitlichen Befristung versehen werden, diese sollte jedoch deutlich über einem Jahr liegen.

Gemeinderat Bernhard Spitznagel hält einen entsprechenden Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt für vertretbar. Auch er wünscht jedoch eine zeitliche Begrenzung. Herr Spitznagel gibt auch zu bedenken, dass man hier nur über einen kleinen Teil der Flächen diskutiere. Bürgermeister Volker Jungmann hält es für wichtig ein entsprechendes Zeichen zu setzen. Gemeinderat Georg Minzer hält eine zeitliche Begrenzung für unnötig. Bei Vorliegen neuer Erkenntnisse könnte der Gemeinderat ohnehin einen neuen Beschluss fassen. Bürgermeister Volker Jungmann gibt zu bedenken, dass man durch eine Befristung selbst gezwungen werde, sich erneut mit dem Thema zu befassen. Gemeinderat Robert Rotzinger informiert darüber, dass sich die örtlichen Landwirte bereits freiwillig zu einem Verzicht verpflichtet haben. Momentan werde aus Haftungsgründen niemand gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen. Herr Jungmann hält einen Beschluss des Gemeinderates trotzdem für sinnvoll. Die Gemeinde Klettgau habe dann ihre Pflicht diesbezüglich erfüllt. Gemeinderat Michael Albrecht lobt die Gemeinderatsvorlage, ihm gehe jedoch der Beschlussvorschlag nicht weit genug. Er regt an, auch bei bestehenden Pachtverträgen Gespräche mit den Pächtern zu führen. Auch Gemeinderat Hans-Jürgen Hyrenbach hält es für wünschenswert, Altverträge im Einvernehmen mit den Pächtern abzuändern. Gemeinderat Christoph Fuhrmann erkundigt sich nach vorhandenen Kontrollmöglichkeiten und Sanktionen. Bürgermeister Volker Jungmann hält Untersuchungen für möglich. Bei festgestellten Verstößen werde das Pachtverhältnis gekündigt. Auch Gemeinderätin Silvia Rutschmann hält es momentan noch für unwahrscheinlich, dass Landwirte gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen. Dafür sei das Haftungsrisiko noch zu groß. Auf lange Sicht müsse allerdings der Verbraucher klarmachen, dass er gentechnikfreie Ware verlangt. Gemeinderätin Inge Winter erkundigt sich danach, ob auch die Schweizer Landwirte zu einem Verzicht verpflichtet werden können. Bürgermeister Volker Jungmann stellt klar, dass dies bei einer Verpachtung durch die Gemeinde Klettgau auch für Schweizer Landwirte gelte. Gemeinderätin Silvia Rutschmann regt eine Prüfung an, ob der Status „gentechnik freie Gemeinde“ für Klettgau erreicht werden könne. Gemeinderat Georg Minzer hielt auch eine Information der Hobbygärtner für sinnvoll. Bürgermeister Volker Jungmann gibt zu bedenken, dass hier kein Pachtverhältnis mit der Gemeinde bestehe. Möglich sei allenfalls eine Information und ein freiwilliger Verzicht. Bürgermeister Volker Jungmann spricht die ausgehändigte Broschüre des BUND an. Dies solle keine ideologische Vorgabe darstellen. Die Broschüre war schnell erhältlich, es gehe letzten Endes um den Schutz der Bevölkerung. Gemeinderat Robert Rotzinger informiert darüber, dass auch der Handel momentan noch einen Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen vorgebe. Gemeinderätin Silvia Rutschmann stellt fest, dass die Landwirte vor Ort nicht mit dem Weltmarkt konkurrieren können, sondern sich über Qualität am Markt positionieren müssen. Gemeinderat Christoph Fuhrmann spricht die BUND-Broschüre an und informiert darüber, dass auch eine Broschüre der CMA innerhalb von nur 2 Tagen erhältlich gewesen sei.

Beschlussfassung des Gemeinderates:

Auf Vorschlag von Bürgermeister Volker Jungmann beschließt der Gemeinderat mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen, dass bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen Pächter von gemeindeeigenen Grundstücken vertraglich verpflichtet werden, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. Diese Vorgehensweise soll zunächst auf 5 Jahre begrenzt werden, gleichzeitig soll auch das Gespräch mit den Pächtern bereits bestehender Verträge gesucht werden.